

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.



# Danziger Zeitung.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kassel, 14. November. Seit zwei Tagen findet eine Ministerkrise statt.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Landtages erklärte der Landtagscommissarius, daß er die Interpellation Detkers in Betreff des Budgets und der Leihhausangelegenheit heute nicht beantworten könne; er hoffe aber, dies in nächster Sitzung thun zu können.

Dresden, 14. November. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht den Bescheid der Regierung auf die Eingabe des Leipziger Stadtraths bezüglich des Handelsvertrages. Die Auffassung der Regierung sei unverändert geblieben, die Sachlage sei aber gegenwärtig der Art, daß nur eine Vermittelung erübrige. Die Regierung habe Niemand beauftragt, eine Erklärung für sie abzugeben. Der Schrift des Leipziger Stadtraths wird, als voreilig, scharf getadelt. In dem Bescheide erinnert die Regierung daran, daß sie in Böllvereinsachen mehrere Male den Kundgebungen aus Leipzig habe entgegengehandeln müssen, und daß Leipzig schließlich dennoch zufrieden gestellt worden sei. Der Stadtrath in Leipzig habe nicht die Interessen des Landes, sondern nur die Spezialinteressen Leipzigs zu vertreten, und es wird angedeutet, daß es unvorsichtig sei, letztere bei einer Böllungsfestaltung zu präjudizieren.

Wien, 14. November. Hier eingetroffene Nachrichten aus Athen vom 8. d. melden: Kraft Einberufungsdecre für die Nationalversammlung wählen die im Auslande befindlichen hellenischen Unterthanen in einer Kopfzahl von 100 bis 1000 einen, von 1000 bis 10,000 zwei und von mehr als 10,000 drei Abgeordnete. Alle Griechen des Königreichs sind Wählbar und zugleich wählbar, wenn sie im Lande wohnen und über 25 Jahre alt sind.

London, 14. November. Die „Times“ und die „Morningpost“ loben Drouyn de Lhuys, fügen jedoch hinzu, daß England stets entschlossen war, in Amerika nicht zu intervenieren; die „Morningpost“ meint außerdem, daß eine Vermittelung auch keine Aussicht auf Gelingen habe.

## Das Junkerthum und die Klerikale Partei.

Das Junkerthum und die „klugen“ Leute, die sich ihm unentbehrlieh zu machen verstehen, wissen sehr wohl, daß der Absolutismus, vor dem sie das Knie beugen, doch nur dann ein brauchbares Werkzeug in ihrer Hand ist, wenn der größere, aber minder beständige und mit geringeren Bildungsmitteln ausgestattete Theil des Volkes sich blindlings Allem unterwirft, was ihm als Autorität sich präsentiert. Aber auch dieser Theil des Volkes ist von solcher Gedankenlosigkeit weit entfernt. Auch er atmert die Luft deutscher Bildung; auch er hat das Gefühl seiner menschlichen Würde. Auch er verlangt, daß im Staate kein anderes Recht gelten soll, als was auch ihm als wirkliches Recht erscheint. Auch er will in der Gemeinde, im Kreise, im Staate nicht „mitthatten“, wenn er nicht, sei es selbst, sei es durch seinen frei erwählten Vertreter „mitratzen“ darf. Dieser Freiheitstrieb muß daher gebrochen, muß schon im Keime erstickt werden. Aber um die Geister niederzudrücken, muß man etwas haben, was wenigstens einer geistigen Macht ähnlich sieht, und das eben ist es, wovon dem Junkerthum nichts innenwohnt. Deshalb bedarf es eines Bundesgenossen, der hat, was ihm fehlt, und deshalb hat das Junkerthum schon längst jenem Theile der Geistlichkeit sich angeschlossen, der die Religion nicht das Gebiet der höchsten menschlichen Freiheit, sondern dem sie die willenlose Unterwerfung des eigenen Denkens und Willens unter die Autorität

## Die Riesenleistungen der Maschinen-Industrie.

Die Leistungsfähigkeit der Maschinenfabriken ist eine kolossal geworden; aber das große Publikum, das sonst über allerlei Kleinigkeiten außer Atem kommt, hat aufgezeigt zu staunen über die ungeheueren Fortschritte der Industrie, es nimmt die Riesenleistungen derselben hin, als verstände sich das alles von selbst, und wirkt mit Summen von Pferdekraft um sich, als sei es daran von Alters gewöhnt. Nur wenn einmal eine ganz außerordentliche, eine recht frappirende Erscheinung den gleichgültigen Sinn erweckt, wenn z. B. erzählt wird, daß es Fabriken gebe, wo ein so zusammengefügtes Kunstwerk, wie eine Locomotive, binnen vier Tagen erbaut wird, und wenn nun so mit dem klaren Bilde des kunstvollen, mächtigen Apparats auch das ganze gewaltige Maß der entsprechenden Leistung vor die Phantasie geführt wird, da fühlt sich wohl der Geist zu lebhafter Bewunderung hingerissen.

Und wahrlich, die Industrie unserer Zeit hat Großthaten genug aufzuweisen. Auf deutschen Eisenbahnen rollen gegenwärtig fast 4000 Locomotiven und ungefähr 60,000 Wagen aller Art. Der jährliche Bedarf an Locomotivsmitteln hat in den letzten Jahren 330 Locomotiven und 5—6000 Wagen umfaßt, so daß die vorhandenen 30 Locomotiven- und Wagenbau-Fabriken Deutschlands an jedem Arbeitstage des Jahres mehr als eine ganze Locomotive und fast 20 Wagen produzieren müssen, wenn sie das Bedürfniß decken wollen. Die allbekannte Borsig'sche Anstalt in Berlin, gegenwärtig die größte, besteingerichtete und vorzüglichste Locomotivfabrik der Welt, ist allein im Stande, wöchentlich zwei complete, vollkommen gut ausgeführte Locomotiven im Werthe von 40,000 Thlrn. zu liefern; die großen Wagenfabriken von Pflugk in Berlin und von Kramer und Klett in Nürnberg können täglich vier bis fünf Güterwagen vollständig herstellen, wobei freilich das Eisenmaterial ihnen schon in gehöriger Qualität zugeht, so daß sie es nur durch Gießerei und Schmiede in die gehörige Form zu bringen haben. Eine dieser großen Fabriken hat sich anheisig gemacht, nach ge troffener gehöriger Einrichtung, in Kriegszeiten täglich die

des Buchstabens und der angeblich amtlichen Ausleger dieses Buchstabens ist.

Obgleich es in beiden Konfessionen eine Partei von dieser Art gibt, nämlich die sogenannte „Klerikale“ Partei, so hat das Junkerthum doch vergebens um die Bundesgenossenschaft der katholischen Klerikalen sich bemüht, denn diese denken nicht entfernt daran, sich dem Junkerthum dienstbar zu machen, weil sie für ihre Zwecke seiner nicht zu bedürfen glauben. Obgleich der echte, der wirklich religiöse Katholicismus von ihnen schon längst sich abgewandt hat, so meinen sie doch, an dem festen und mehr als anderthalbtausendjährigen Bau ihrer Kirche einen unschütterlichen Halt zu haben. Darum haben sie das so oft und so dringend ihnen angebotene Bündnis mit dem Junkerthum noch jedesmal mit Spott zurückgewiesen. Die unprotestantischen, aber freilich protestantisch genannten Klerikalen dagegen, denen der Begriff von der wahren, der unsichtbaren Kirche längst verloren gegangen ist, haben keine sichtbare Kirche, auf welche sie sich stützen könnten. Darum haben sie das Bündnis mit dem Junkerthum mit einem Entzücken, ja mit einer Demuth, mit einer Selbstverleugnung angenommen, die ihres Gleichen sucht. Sie wissen ja nur von jener sichtbaren Kirche, an der in den meisten deutschen Landen, im schärfsten Widerspruch gegen die bessere Einsicht der Reformatoren, die Gemeinde nur einen passiven Anteil hat, während ihre Regierung lediglich in den Händen der Höfe und ihrer Consistorien liegt. Eine solche Kirche dient der Klerikalen Partei nur dann, wenn das Hochkirchenregiment selbst ein Klerikales ist, und ein Klerikales ist es nur, wenn seine Mitglieder den weltlichen Zwecken der sich dienstbar machen, die das Regiment überhaupt in Händen haben. Die Dienste der Kirche zu weltlichen Zwecken aber kann keine politische Partei missbrauchen wollen, als die des Absolutismus und des Junkerthums.

Mit einer solchen Klerikalen Partei im Bunde gab das Junkerthum der Hoffnung sich hin, daß es die Volkschule in seinem Sinne und zu seinen Zwecken rückwärts reformiren könnte. Wir werden in einem späteren Artikel zeigen, wie man das anstelle.

Heute machen wir nur darauf aufmerksam, daß die Männer'schen Regulativa im October 1854 erschienen, also genau zu derselben Zeit, als die Reize der Reaction das ganze Land schon so umstritten hatten, daß aus den Wahlen des nächstfolgenden Jahres jene Landratskammer traumigen Andenkens hervorgehen konnte, deren Wiederkehr zu erleben die heutige Reaction glücklicher Weise nicht mehr hoffen darf und tatsächlich nicht hofft.

## Deutschland.

Berlin, 14. November. Die Gerüchte über die Möglichkeit einer Versöhnung und Verständigung zwischen dem Ministerium Bismarck und dem Abgeordnetenhaus werden genährt von Gläubigen wie Ungläubigen. Zu ersteren gehört nicht bloß ein guter Theil der grauen Masse, sondern auch ein glücklicherweise kleiner Theil wasserblauer Abgeordneter, welcher schon die Ausgleichung, die Beendigung des Conflictes in einem Geseze über die zweijährige Dienstzeit exträumt und ganz die Natur des Berwürfnisses, seine Schwere und tiefgreifende Gewalt verkennt, der ganz vergibt, wie der Conflikt jetzt seinen Hauptzweck in der Verfassungsfrage genommen habe und erst eine Lösung dieser im Sinne der Beschlüsse des letzten Abgeordnetenhauses alle die schon vorhandenen und noch bevorstehenden Kämpfe be seitigen könnte. Diese Friedensboten, die sich schon in folcher

complete Ausrüstung einer Batterie, ausschließlich der Geschützrohre, zu liefern. Alle Leistungen dieser Fabriken werden aber, was gegenseitige Unterstützung der Fabrikationszweige, Production aus dem Rohmaterial, Schnelligkeit der Arbeit und Selbstständigkeit der Manufactur betrifft, durch das in Schatten gestellt, was die Eisenbahnwagen-Fabrik des Herrn Ashbury in Ovenshaw bei Manchester fast täglich liefert.

Diese Fabrik, welche zu den vollständig eingerichteten der Welt gehört, indem sie ihr Material nicht vorbereitet erwirbt, sondern selbstständig dasselbe aus den Rohstoffen producirt, hat unlängst vor Commisarien der englischen Regierung, die zur Überwachung der Thatsachen bestellt waren, eine noch nicht dagegewogene Probe von Leistungsfähigkeit abgelegt. In dieser Fabrik ist nämlich, zum Zweck der Vorführung auf der Industrie-Ausstellung, ein vollständiger, bedeckter Eisenbahn-Güterwagen, 16 Fuß lang und 8 Fuß breit, der auf vier ganz schmiedeeisernen Rädern ruht, aus Roheisen und Holzblöcken in 11 Stunden und 20 Minuten bis zum Fortfahren auf den Schienen fertig erbaut worden. Aus einem höchst interessanten Berichte des als Fachmann rühmlich bekannten Herrn M. M. von Weber zu Dresden über die Einzelheiten des Proesses heben wir in kurzen Folgenden heraus: Das aus 305 Stücken bestehende Holzwerk des Wagens wurde aus fünf Stämmen ostindischer Paulmeinekiefer in 1 Stunde 20 Minuten geschüttet; das Hobeln, Ruten, Falzen, Verzapfen des Holzwerks geschah in 2 Stunden 46 Minuten; das ganze Holzwerk war zusammengepaßt, genagelt, der Wagen bedekt, gestrichen, lackirt und nummerirt in 10½ Stunden; beschäftigt waren dabei 33 Stellmacher, Tischler und Ausstreicher. Die Eisenrassinerie wurde um 7 Uhr 15 Minuten früh mit 95 Centnern Roheisen beschäftigt, das um 8 Uhr 53 Minuten in den Puddelofen gebracht wurde, aus welchem die erste Lippe um 9 Uhr 40 Minuten unter die Dampfhämmer kam. Es folgte nun das Walzen der vier Rad-Bandagen bis 12 Uhr 30 Minuten, um 1 Uhr 10 Minuten waren sie geschweißt, eine halbe Stunde später

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inscriere nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50. in Leipzig: Heinrich Höbner, in Altona: Haesenstein u. Vogler, in Hamburg: G. Türkheim und J. Schöneberg.

# Beitung.

Eigenschaft als Staatsmänner ansehen, übersehen ebenso, wie ihre Vorgänger, die Gothaer, daß das Prinzip des konstitutionellen Staates mit der nachwirkenden Kraft und mit den Traditionen des Absolutismus noch immer ringt und erst ein Sieg des ersten über alle diese Bindungen und Gefüste, nicht aber ein Paar Geständnisse, wie z. B. in der Militärdienstzeit, die Widersprüche im Staatsleben beseitigen können. Dieser Sieg kann nicht eintreten, wenn ein wenig geslicht wird oder gar Herr v. Bismarck sich ein wenig von den Excentritäten seiner feudalen Freunde entfernt, wenn die improvisierten und mandatlosen Deputationen auf hören und in ihr Nichts verblasen, sondern erst dann, wenn die Bretter, auf welchen diese feudalen Marionetten ihre Rolle spielen, nicht mehr brauchbar sind, indem das preußische Volk zu wiederholten Malen durch seine Wahlen befundet haben wird, daß sein Bürger- und Bauernstand ganz anders denkt und handelt und daß in diesem eine politische Macht stecke, deren Ansprüche endlich nicht mehr rechtlich wie stiftlich ignorirt werden dürfen. Lassen wir daher die Gläubigen träumen; die Ungläubigen ihre dünnen Untriebe fortführen; beide werden und müssen sich bald begraben in ihren Irrthümern, das Volk wird von Tag zu Tag stärker. Von Tag zu Tag wird es klarer, daß ohne das Volk alles Humburg ist, daß sein einziges Organ das Abgeordnetenhaus ist und dessen so ruhigem wie zähnen Verlangen nicht auf die Länge widerstanden werden können; daß dieses die Schleier von der Verfassung endlich heben und dann Krone und Volk zu einem festen Ganzen verschmelzen werde.

Mit Verstand, Kraft und Menschenkenntniß ist in der politischen Welt jedes Ziel zu erreichen!

Prinz Adalbert ist heute früh mit dem Königsberger Schnellzuge von Danzig hierher zurückgekehrt.

Der Kriegsminister General-Lieutenant v. Noor wird heute von seiner Reise nach der Schweiz hierher zurückkehren.

(B.-u. H.-Z.) Es wird uns aus einer vollkommen verlässlichen Quelle die Mittheilung, daß von der preußischen Regierung noch niemals ein Schritt gethan ist, dem Hause Hannover die eventuelle Erbschaft in Braunschweig streitig zu machen.

Für den Nationalfond sind in den letzten Tagen aus den Provinzen eingegangen, unter anderen von Stettin erste Rate 3000 Thlr., aus Halle 250 Thlr., aus Gumbinnen 316 Thlr., aus den Kreisen Bodum und Dortmund 341 Thlr., aus Stargard in Pommern 350 Thlr., von Luckenwalde erste Rate 100 Thlr., von Deutschen in Bradford 124 Thlr., aus Nordhausen zweite Sendung 85 Thlr., aus Breslau desgl. 280 Thlr., aus dem Kreise Eckartsberga-Sangerhausen 89 Thlr. re.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berl. Börsen-Zeitung“ wurden gestern wiederum zwei Preßprocesse verhandelt. Die Anklage lautete 1) auf Beleidigung eines Mitgliedes des Graudenzer Kreisgerichts und 2) auf Schmähung und Verhöhnung von Anordnungen der Obrigkeit. In Nr. 476 der „Börsen-Zeitung“ befindet sich ein Artikel, in welchem gefagt wird: das kriegsrechtliche Urteil aus Graudenzen dient schwerlich dazu, die eximierte Gerichtsbarkeit des Militärs populär zu machen. Was der Abgeordnete Senff im Laufe des Sommers sagte, trifft auch hier wieder zu. Wenn der Angeklagte ein Offizier ist, so legt das Gericht den Ansichten des Vertheidigers, wenn der Angeklagte ein Unteroffizier oder ein Gemeiner ist, den Ansichten des Anklägers das Hauptgewicht bei.“ Dieser Passus enthält nach der An

künftlich abgeführt auf der Drehbank. Die erste Achse wurde um 11 Uhr 15 Minuten geschmiedet, das erste Speichenisen um 10 Uhr 40 Minuten gewalzt. Das gesamte Schmiedeisenmaterial, 70 Centner an Gewicht, wurde in 5 Stunden 40 Minuten aus dem Roheisen producirt. Um 12 Uhr 50 Minuten waren alle vier Räder complet fertig. In 2 Stunden und 30 Minuten wurden 242 Schrauben, Bolzen und Muttern geschmiedet. Das gesamte Schmiedewerk für den ganzen Wagen, in 171 schweren Stück, wurde aus dem Walzwerk und den Hämtern gekommenen Material in 6 Stunden 40 Minuten hergestellt.

Von 11 Uhr 20 Minuten bis 6 Uhr 40 Minuten Abends waren alle Achsen abgedreht, die Räder auf die Achsen und die Reifen auf die Räder gezogen, so daß die Herstellung der Räder in der Dreherei 7 Stunden 20 Minuten dauerte und 63 Männer und Knaben beschäftigt hatte.

Die Gießerei vollendete ihre Arbeit (32 Stück) in 10 Stunden 35 Minuten von Beginn des Modellirons an gerechnet. Nach Erledigung der letzten Arbeiten war die Zusammensetzung des Wagens bis 5 Uhr 50 Minuten vollendet, einige Nachhilfen erforderten dann noch 50 Minuten Zeit, so daß bis zu dem Augenblicke, wo der 100 Centner schwere Wagen fertig zum Dienst aus der Werkstatt geschoben wurde, dessen gefärbte Herstellung aus dem rohen Stämme und aus dem Hochofen gekommenen Ganzeisen gerade 11 Stunden 20 Minuten in Anspruch genommen hatte. Kein neues Werkzeug war in dieser Monsterverfassung beschafft, nur Leute der eigenen Fabrik zur Arbeit verwendet worden. Noch an demselben Tage, Abends 7 Uhr, ging der Wagen nach London, langte dort nach einer Reise von 43 deutschen Meilen am andern Morgen um 6 Uhr an und war um 12 Uhr, also nach etwa 30 Stunden nach dem ersten Sägeschnitt und dem Einbringen des Roheisens in die Ofen zum Zweck seiner Herstellung an dem für ihn bestimmten Platze im Ausstellungsgebäude untergebracht.

Nage den Vorwurf der Parteilichkeit, also eine Beleidigung. — In No. 478 derselben Zeitung wird die Rede besprochen, mit welcher der Minister-Praesident v. Bismarck den Landtag geschlossen hat. In diesem Artikel findet die Anklage den Vorwurf, daß die Regierung sich in dem Conflict mit dem Abgeordnetenhaus über das Gesetz hinweggesetzt habe und darin eine Verleugnung des § 101 des Strafgesetzbuchs durch Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit. Der Staatsanwalt beantragte 50 Thlr. Geldbuße, event. 25 Tage Gefängnis gegen den Angeklagten. — Der Gerichtshof sprach das Nichtschuldig aus, weil nicht erwiesen, daß in dem ersten incriminierten Artikel das Gericht zu Graubenz gemeint sei, und in Betreff des zweiten Artikels, weil die Rede des Herrn v. Bismarck nicht als eine Anordnung der Obrigkeit betrachtet werden könne.

Der folgende Angeklagte war der Redakteur der „Preußischen Jahrbücher“ Professor Dr. Haym. Das erste Heft des 10. Bandes enthält einen Artikel unter der Ueberschrift „Politische Correspondenz“, der den Conflict des Abgeordnetenhauses mit dem Ministerium bespricht; es heißt darin: „Das Staatsministerium sucht die Verständigung mit der Landesvertretung auf eine eben so unwürdige, wie moralisch beleidigende Weise.“ Der Staatsanwalt v. Mörs suchte nachzuweisen, daß die incriminierte Stelle beleidigend sei und beantragte, den Angeklagten, unter Ausschluß mildernder Umstände, zu 1 Monat Gefängnis zu verurtheilen. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 20 Thlr. Geldbuße event. 7 Tage Gefängnis. Er nahm dabei an, daß in dem Worte „unwürdig“ unzweifelhaft eine Beleidigung, sowie die Absicht zu beleidigen liege, daß dagegen der Sinn des Ausdrucks „moralisch beleidigen“ zweifelhaft sei. Mildernde Umstände wurden in der warmen patriotischen und würdigen Haltung des Artikels gefunden. — Schließlich erschien der Dr. jur. Oppenheim, Redakteur der „Deutschen Jahrbücher“ vor den Schranken des Gerichts. Das erste Heft des vierten Bandes der Jahrbücher enthielt einen Artikel: „Politischer Monatsbericht von Oppenheim“, in welchem zwei Stellen incriminiert sind. Die erste Stelle spricht von der „versuchten Wahlfälschung“, die zweite bespricht die kurhessische Angelegenheit und äußert sich dahin: „Die Lächerlichkeit galt früher als ein tödliches Gift, heut zu Tage tödet sie nicht mehr, aber sie curst auch nicht.“ Die Anklage bezicht diese beiden Stellen auf das preußische Ministerium und findet darin eine Beleidigung derselben. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf Nichtschuldig, weil er nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß der Vorwurf der Wahlfälschung habe gemacht werden sollen und weil im zweiten Fall nicht erwiesen, daß das preußische Ministerium gemeint sei.

Bon einem-conservativen Manne erfährt die „N. B. Z.“ folgendes Reiseabenteuer. In Potsdam angelommen, machte der betreffende Herr einen Gang nach Babelsberg und ließ sich das Schloß zeigen. Der Bedienstete, der ihn dort umherführte, war sehr zuvorkommend und steigerte beim Abschied seine Freundlichkeit bis zu einem Maße, daß der Fremde ein besonderes Anliegen dahinter vermutete. In der That kam solches zum Vortheil, nämlich die Versicherung, der Fremde würde sich ein besonderes Verdienst erwerben, wenn er aus seinem Wohnorte, einer größeren Stadt am Rhein, auch eine Vierländesadresse besorgte.

In Betreff der Niederseiten über die Allianz zwischen Preußen, Russland und Frankreich und einer damit zusammenhängenden Erhebungspolitik Preußens wird Folgendes erzählt: Herr Drouyn de Lhuys sei bald nach seiner Ernennung gefragt worden, ob wirklich eine Allianz mit Preußen und Russland zur Ablösung gewisser kühner Schritte nach außen hin zu erwarten sei. Der französische Minister habe geantwortet, er wisse nicht, ob jene Pläne existierten und wie der Kaiser darüber denke. Er, der Minister, wolle vor Allem den Weltfrieden erhalten und gedenke auch mit Preußen und Russland in gutem Einvernehmen zu bleiben. Was aber jene angeblichen Pläne betreffe, so könne man sich darauf verlassen, daß, so lange er Minister sei, davon nicht die Rede sein werde. So wird von guter Seite versichert. Unsere Offiziere aber sollten bedenken, daß sie mit ihren unzeitigen bonapartistischen Andeutungen, die mit ihrer eigenen früheren Sprache so sehr in Widerspruch gerathen, der preußischen Regierung gerade jetzt in dem übrigen Deutschland, wo es sich wörtlich um „bedeutsam geschäftsmäßige“ Angelegenheiten für uns handelt, einen schlechten Dienst erweisen. — Die „N. B. Z.“ meldet in Übereinstimmung mit Pariser Correspondenzen, die Ernennung des Grafen v. d. Goltz für Paris habe sich noch verzögert. Interessant wäre, zu erfahren, ob die neulich im Vorbeigehen erwähnte Ansicht, daß Herr v. Bismarck sich eine Zeit lang die Botschaft für Paris ganz so offen halten werde, wie dieses Graf Bernstorff längere Zeit mit der Londoner gehabt, sich bewähren werde. Es hieß allerdings, daß selbst die vorläufige Ernennung eines preußischen Gesandten hier nichts ändern dürfte.

Die dänische Regierung scheint im Sinne zu haben, der schleswigschen Ständeversammlung ein neues Wahlgesetz auf „breiterer Basis“ vorzulegen. Sie beabsichtigt damit ohne Zweifel das glückliche Experiment Louis Napoleons zu wiederholen, der sich auf die breiten Massen des Landvolks stützte, als seine Pläne bei der gebildeten Bevölkerung keinen Anklang fanden, und das neuerdings auch in Berlin eifriges Filigran gesunden haben soll. Wenn die Mehrheit der schleswigschen Ständeversammlung dann, wie es wahrscheinlich ist, den Entwurf ablehnt, so mag man in Copenhagen wohl hoffen, nicht allzuviel zu wagen, wenn man das allgemeine Stimmrecht in Schleswig octroyirt.

\* Breslau, 14. November. [Prozeß wider die Redactoren vier hiesiger Zeitungen und die Kaufleute Laßwitz und Sturm wegen Ueberschreitung der für das Collectenwesen bestehenden polizeilichen Vorschriften.] Bei gefülltem Sitzungssaale wurde gestern der interessante Prozeß verhandelt. Polizei-Anwalt Friedmann erhebt die Anklage dahin, daß durch die Aufnahme des v. Unruh'schen Aufrufes in die Zeitungen, durch die Anforderungen zu Beiträgen für die Graudenzer (Morgenblatt), durch Sammlungen für den Nationalfond (Sturm und Laßwitz), insofern nirgends die benötigte polizeiliche Genehmigung dafür eingeholt worden sei, die gesetzlichen Bestimmungen überschritten worden seien. Seitens der Vertheidigung nahm zuerst Assessor Lettgau das Wort und legte die Umstände klar, welche die Sammlung zu einem Nationalfond hervorgerufen. Redner verließ alsdann die Polizei-Anwaltung betreffend das Collecten und zeigt, daß Wortlaut und Zweck derselben keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Nationalfond nicht unter diese Verordnung fällt. Sie

weist einfach auf Sammlungen für Arme, zu kommen, milde Zwecken hin, erlassen, um das Unwesen dabei zu inhibiren, denn das Publikum ist in dieser Beziehung oft betrogen worden. Redner führt als Beispiel die schwulerische Sammlung für die Königslotterie an. Der Nationalfond hat mit solcher Sammlung nichts zu thun, die Polizeiverordnung ist daher nicht auf ihn anzuwenden. Mit der Regierung-Declaration ist es derselbe Fall. Das Gesetz vom 11. März 1850 bestimmt genau die Punkte, über welche sich die Polizeiverordnungen erstrecken. (Diese Punkte werden verlesen.) Keiner dieser Punkte passe auf den Nationalfond. Regierung und Polizei waren daher zu Maßnahmen gegen den Nationalfond nicht berechtigt. Dr. Stein: Die Kreuz-Ztg. hat den Aufruf v. Unruh mitgetheilt und sei nicht unter Anklage gestellt worden. Außerdem habe die Breslauer Zeitung die Anforderung des reactionären Volksvereins zu Sammlungen für seine Zwecke mitgetheilt, ohne daß Anklage erfolgt und ohne daß wohl irgendemand glauben werde, die Zeitung agitire für die Sammlungen ihres Vereins. Historische Notizen zu bringen sei jede Zeitung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet; sonst könnte es eines schönen Tages dahin kommen, daß sie ihren Lesern ein leeres Blatt bieten müsse. — Vor mehreren Jahren seien in England Garibaldi-Comités gebildet worden. Alle Zeitungen haben darüber und über die Garibaldi-Sammlungen als ein Zeichen der Zeit berichtet. Die Regierung ist nicht eingeschritten und man könnte leicht zu dem Schluss gelangen, daß die Regierung die Garibaldi-Sammlungen begünstige. — In der Veröffentlichung des Aufrufs kann nur die künftigste Interpretation eine Anforderung zur Sammlung erblicken. — Justizrath Simon wies in seiner Auseinandersetzung zunächst auf die tendenziöse Seite des zu verhandelnden Prozesses hin. Zur Vertheidigung von Sturm und Laßwitz führt er an: Collectiren zeigt Aktivität in Anforderung zu Beisteuern voraus. Dies geht aus § 98 und auch aus 104 der Verordnung hervor. Sturm hat nicht aufgefordert; er hat Beisteuern in Empfang genommen; dabei fehlt die Aktivität. Er hat keine Listen angelegt und curstren lassen, es konnte daher auch keine polizeiliche Stempelung derselben eingeholt werden. Angenommen aber, alles Uebrige sei richtig, so bezieht sich das Collectiren nicht auf den Nationalfond, sondern auf milde Beiträge. Bei einer Collectirendt Niemand an etwas Anderes, und das Polizeipräsidium kann keine Verordnung erlassen, die dem gesunden Menschenverstand widerprüft. Ein Mann, der durch seine Mannesthat in Conflict gerathen, wird keine „milden Beiträge“ beanspruchen. Die Anklage ist aus den vorgeführten Gründen nichtig; dazu kommen die Preßbestimmungen. Gelder anzunehmen gehört zur Verhüttung der persönlichen Freiheit. Endlich ist die Polizeiverordnung nicht in Übereinstimmung mit dem Magistrat erlassen. Justizrath Fischer beleuchtete die principielle und rechtliche Seite der Frage und bemerkte u. A.: Vor 1848 war eine Collecte, nach den §§ 244 und 247 Tit. 20, Th. II. A. L. R. nur dann strafbar, wenn unter dem Vorwand derselben in die Häuser eingedrungen war oder wenn Gemeinden in den Städten oder auf dem Lande ohne Genehmigung ihrer Börgergesetzten Collecten unter sich aufbrachten. Dagegen waren Collecten, welche nicht zu betrüglichen Zwecken und nicht von den Gemeinden in solchen erfolgten, erlaubt. Auch bedurfte der Polizeistaat um so weniger der Verbote, als Censur und Verbot der Vereine hinlängliche Beschränkung gewährten. Beide Beschränkungen sind aufgehoben und somit ist auch ein Hindernis nicht mehr vorhanden; vielmehr schon seit 1848 die Anforderung zu Sammlungen, in sofern sie keinen verbotenen Zweck betreffen, zulässig. Dieser gesetzliche Zustand hat auch im § 23 des Preßgesetzes seine Anerkennung gefunden. In dem Berichte der Commission ist hinsichtlich dieses Paragraphen ausdrücklich anerkannt, daß eine Bestimmung über die Strafbarkeit von Anforderungen zur Aufbringung verwirchter Strafe nicht existire und daß die gegenwärtige Bestimmung nur auf Preßvergehen und Verbrechen zu beschränken sei. Es wären daher Anforderungen zur Aufbringung einer Strafe wegen Preßübertretungen zulässig und sollten in gegenwärtiger Sache Verurtheilungen erfolgen, so könnte zur Aufbringung dieser Strafe aufgefordert werden. Nicht minder wäre gestattet, Anforderungen zur Aufbringung anderer Strafen zu erlassen. Sei dies aber zulässig, so wäre doch ganz gewiß jede andere Anforderung zu Beiträgen für nicht strafbare Zwecke erlaubt. Wollte man aber auch nicht so weit gehen, wollte man eine polizeiliche Verordnung nur dann für ungültig erachten, wenn sie mit einem bestimmten Gesetze im Widerspruch stünde, so würde doch die Polizeiverordnung von 1852 ungültig sein; denn der § 27 der Verfassung bestimmt: „Eine Beschränkung der Pressefreiheit darf nur im Wege der Gesetzgebung eingeführt werden“, und da das Preßgesetz eine solche Beschränkung, wie sie der polizeilichen Verordnung zu Grunde liegt, nicht einföhre, so sei die polizeiliche Verordnung mit dem Gesetze, nämlich mit § 27 der Verfassung im Widerspruche und daher ungültig. — Rechtsanwalt Petersen bestreitet ebenfalls die Rechtsgültigkeit der Verordnung. Der Polizeianwalt Friedmann bemerkte: Seine Seele habe nicht daran gedacht, daß ihm der Vorwurf gemacht werden könne, der vorliegende Prozeß sei ein tendenziöser. Rechtsgeschichtlich sei die Collectenfrage schon durch Verordnungen aus 1781 geregelt. (Sensation.) Bis 1851 seien Überhandlungen gegen polizeilich nicht erlaubte Collecten mit 6 Wochen bis 6 Monaten Strafe belegt worden. Bei Aufstellung des Strafgesetzbuchs seien die polizeilichen Angelegenheiten aus den allgemeinen Verordnungen ausgeschieden worden. Unter den Titeln Gefährdung des Vermögens, der Freiheit, der Sicherheit seien eine Unmasse von Handlungen unter Strafe gestellt. Darunter auch das Collectiren ohne polizeiliche Genehmigung. Der Aufruf v. Unruh's bezweckt Aufbringung von Fonds und die Redactionen machen sich durch Verbreitung des Aufsatzes der Mitveranstalterschaft dafür schuldig. Gleches sei in Bezug auf die Sturm'sche Annonce der Fall und es unterliege keinem Bedenken, daß auch Laßwitz indirect zur Beisteuer aufgefordert. (Dem ausbrechenden Gelächter wehet die Klingel des Richters.) Es sind auch formelle Bedenken erhoben worden. Die betr. Verordnung ist aber rechtsgültig erlassen worden, wie ihr Eingang bezeugt. Dieser genügt als gesetzlich vorgegebene Form der Publication. Durch Obertribunał-Entscheidung vom 5. December 1857 stehe dem Polizeirichter nur die Prüfung dieses Kriteriums der Verordnung zu. Die Gemeindebehörde hat zu den polizeilichen Verordnungen ihre Genehmigung nicht zu geben, sondern sie (diese Behörde) ist nur darüber zu hören. Daß die Verordnung im Widerspruch mit der Verfassung stehe, kann nicht zugegeben werden. Es gibt gewisse Beschränkungen der Veröffentlichung. Es folgen die Strafanträge gegen sämtliche Angeklagte. Justizrath Simon wirft die Frage auf, was die Polizei-Anwaltshaft

wohl über die Pinuspennige, über den Gustav-Adolf-Verein, über die Sammlungen zu Parforcejagden und Wettkämpfen denkt? Ob sie meine, es dürfe von diesen auch keine Rechenschaft gelegt, daß Geld nur in die Tasche gesteckt werden? Oder wie denkt die Polizeianwaltschaft über die Collectirung des preußischen Volksvereins zu Gunsten des Adressenwesens? — Polizeianwalt Friedmann: Die vorgebrachten Vereine sammeln mit staatlicher Erlaubniß. — Laßwitz führt an, daß die Kanonenbootssammlungen beispielweise ohne Einschreitung stattgefunden, obgleich eine polizeiliche Genehmigung hierfür gefehlt. — Friedmann bedauert, daß die Verjährung bereits erfolgt, sonst würde die Polizeianwaltschaft dagegen einschreiten. (Gelächter.) — Der Richter resumiert die Verhandlungen, bemerkt sodann: Es lassen sich hieraus 2 Gruppen bilden: die der Redactoren und die der Kaufleute Sturm und Laßwitz. Die Entstehung der Polizeiverordnung von 1852 mag ohne Erörterung bleiben. Es sei zunächst fraglich, ob die Anklage unter einem der Punkte dieser Verordnung falle. Das Wort „Collecte“ könnte nur im gewöhnlichen Sprachgebrauch verstanden werden. Sie erfordert ein thätiges Eingreifen und Sammeln für einen bestimmten Zweck, das als unbefugtes nur gegenüber milden Beiträgen mit Strafe bedroht ist, oder als Sammlung, über deren Zweck das Publikum getäuscht werden könnte. Unter dieser Bedingung würde die Sammlung als von lokalem Interesse zu betrachten sein. Liegen über diesen Bereich hinausgehende Zwecke in der Sammlung, so fällt sie nicht unter die Polizei-Verordnung. Liegt nun ein Collectiren Seitens der Redactoren überhaupt vor? Dies müsse verneint werden. Angenommen, die Verordnung sei gesetzlich gültig, so findet sie auf die unter Anklage gestellten Redactoren keine Anwendung. Dazu kommt Artikel 27 der Verfassung und § 23 des Preßgesetzes. Letzterer verbietet nur die Aufbringung von Sammlungen zu dem Zweck, um durch Preßvergehen verwirkte Strafen illusorisch zu machen. Von anderen Sammlungen ist im Preßgesetz nicht die Rede. Waren sie strafbar, so würde die Bestimmung darüber nicht fehlen. Die Redactoren sind daher freizusprechen und die Kosten nieverzuschlagen. — Da Collectiren ein thätiges Handeln bedingt, der Thatbestand hierfür bei den Kaufleuten Laßwitz und Sturm nicht vorliegt, sie sich eines strafbaren Collectirens nicht schuldig gemacht, so müssen auch sie freigesprochen werden.

Breslau, 12. November. Heute Mittag erschoss sich der Feldwebel der 8. Compagnie im König-Elisabeth-Garde-Regiment; erst kürzlich tödete sich in gleicher Weise ein Hauptmann dieses Regiments, Herr von Schild. In beiden Fällen hat man bis jetzt noch nicht zur Genüge erfahren können, welche Vorkommnisse zu diesen extremen Schritten Veranlassung gegeben haben.

Siegen, im November. Vom großen Loos hatten ein Reisender, ein Techniker und ein Verwalter der Klein'schen Fabrik in Dahlbrück ½ Loos, das zweite Viertel fiel nach Kreuzthal an einen Nachtwächter und vier Arbeiter des Dresler'schen Werkes. Das dritte Viertel kam nach Burbach an acht Familien. Das letzte Viertel gehörte drei Personen in Daaden.

Stuttgart, 12. Nov. (K. B.) Heute früh an einem kalten, regnerischen Morgen, ist unser greifer König nach Nizza zum Winteraufenthalte abgereist. Bis Gent begleitet ihn von hier aus seine Tochter, die Königin von Holland, welche alsdann nach dem Haag zurückreisen wird. Nicht ohne Bedenken sieht das Land dem 81jährigen Fürsten nach, dessen Gesundheit gerade in den letzten Tagen wieder hier und da gewankt hatte. Ledermanns Wunsch ist, daß Nizza's milde Lüfte dem alten Monarchen behagen möchten. — Ein anderer greifer Fürst unseres Landes, der Dichterkönig Ludwig Uhland, scheint leider in den letzten Abendstunden seines Lebens zu stehen. Von Tag zu Tag erwartet man mit Bangen die Trauerkunde seines Heimganges zu hören.

Coblenz, 13. November. Der Großherzog von Baden ist auf der Rückreise von England zum Besuch bei Ihrer Majestät der Königin hier eingetroffen und im Königlichen Schioße abgesiegen. Die Großherzogin Louise, wiewohl von längerem Unwohlsein genesen, hat auf Wunsch des Arztes, der vorigerbst Jahreszeit wegen, leider auf ihren hiesigen Besuch verzichtet.

Cassel, 11. November. (K. B.) Es ist nun eine volle Woche vergangen, seit durch Vermittelung des Hofmarschalls die Anfrage an den Kurfürsten gerichtet wurde, ob er die in der Sitzung vom 4. beschlossene Adresse durch eine Deputation entgegenzunehmen gerühten wolle, und noch immer harren die Vertreter des Landes auf Antwort. — Die neueste regnerischen Morgen, ist unser greifer König nach Nizza zum Winteraufenthalte abgereist. Bis Gent begleitet ihn von hier aus seine Tochter, die Königin von Holland, welche alsdann nach dem Haag zurückreisen wird. Nicht ohne Bedenken sieht das Land dem 81jährigen Fürsten nach, dessen Gesundheit gerade in den letzten Tagen wieder hier und da gewankt hatte. Ledermanns Wunsch ist, daß Nizza's milde Lüfte dem alten Monarchen behagen möchten. — Ein anderer greifer Fürst unseres Landes, der Dichterkönig Ludwig Uhland, scheint leider in den letzten Abendstunden seines Lebens zu stehen. Von Tag zu Tag erwartet man mit Bangen die Trauerkunde seines Heimganges zu hören.

Wien. Der Kaiser hat dem Wiener Zweigverein der deutschen Schillerstiftung einen Beitrag von 500 Fl. bewilligt.

#### Frankreich.

Der wohlunterrichtete Brüsseler Correspondent der „K. B.“ schreibt: Man hatte in Paris gehört, die englische Regierung werde sich den französisch-russischen Bemühungen zu Gunsten eines schlesmonatlichen Waffenstillstandes in Amerika anschließen. Wie uns ein Telegramm meldet (Lord Palmerston's Neußerung beim Lord-Mayor-Banket ließ das vermuten), hat das englische Cabinet sich nun entschieden geweigert, irgend einen Schritt zu Gunsten einer Mediation zu thun. Man dürfte im Tuilerien-Cabinet diese Weigerung empfindlicher aufnehmen, als alle vorhergegangenen. Die englisch-französische Freundschaft wird dauernd durch Meinungsverschiedenheit und Gesinnungs-Conflicte auf die Probe gestellt, und es wird sich erst noch zu zeigen haben, ob man in der griechischen Frage wirklich so einig ist, als die offiziellen Blätter bisher behauptet haben. Ledermanns Bedenken es von beiden Seiten im eigenen Interesse, den Glauben an ein vollkommenes Einverständniß zu erwecken. — Wie aus Paris von ganz zuverlässiger Seite her gemeldet wird, hat die Polizei seit einiger Zeit wieder vollauf zu thun. Seit Langem sollen die geheimen Gesellschaften und Verschwörungen nicht so thätig gewesen sein, als eben jetzt. Die Gleichgültigkeit an der Oberfläche soll eine große Aufregung bergen. Der Kaiser Napoleon pflegt solche Symptome zu würdigen, und so wäre es denn auch nicht un-



